

Auszug
aus dem Protokoll der Landessynode
der Evangelischen Kirche im Rheinland
vom 12. Januar 2012

**Antrag der Kreissynode Jülich
betr. Verhinderung von Rüstungsexporten**

Beschluss 25:

Die Landessynode bittet die EKD, ihren Einfluss geltend zu machen und über die Bundesregierung Folgendes zu initiieren:

- 1. Es sollen zukünftig keine Hermesbürgschaften mehr im Zusammenhang mit Rüstungsexporten gegeben werden.*
- 2. Unter den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sollen ausschließlich solche Rüstungsexportgenehmigungen erteilt werden, die den Kriterien des EU-Verhaltenskodexes z.B. hinsichtlich Menschenrechtssituation und regionaler Stabilität genügen.*
- 3. In den für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geltenden Gesetzen und Vorschriften soll der bisher geltende sog. Genehmigungsvorbehalt (Export unter bestimmten Bedingungen zulässig und genehmigungsfähig) aufgehoben und durch Regelungen ersetzt werden, die den Export derartiger Waffen und Güter grundsätzlich verbieten.*
- 4. Genehmigungsverfahren für Exportgüter müssen auch an die Ausfuhr von Gütern mit sowohl zivilem als auch militärischem Verwendungszweck (Dual Use) angepasst werden. Ziel muss es sein, die Weiterverbreitung deutscher Dual-Use-Güter sowie entsprechender Technologien, Fertigungsanlagen und Lizenzen für Rüstungszwecke zu verhindern.*
- 5. Darüber hinaus bittet die Landessynode die Kirchenleitung, ihren Einfluss bei den Landesregierungen Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland geltend zu machen und die Länder aufzufordern, über den Bundesrat die oben genannten Forderungen an die Bundesregierung bzw. den Bundestag zu stellen.*
- 6. Außerdem bittet die Landessynode die Gemeinden, entsprechende Unterschriftenaktionen von Akteuren gegen Rüstungsexporte zu unterstützen.*

*(Mit Mehrheit,
bei vier Gegenstimmen und einige Enthaltungen)*